

Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens
Herausgeber: [s.n.]
Band: 49 (2007)

Artikel: Rezepte von ganz links bis ganz rechts
Autor: Senti, Susi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-972228>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezepte von ganz links bis ganz rechts

von Susi Senti

Am Thema Arbeitslosigkeit kommt heute sozusagen niemand mehr vorbei. Wer immer in der Öffentlichkeit um seine Meinung gebeten wird, tut gut daran, eine griffige Stellungnahme vorzubereiten. Gemeint sind beileibe nicht nur Vertreter und Vertreterinnen von Regierungen, Parteien und Gewerkschaften. Arbeitslosigkeit gehört als Traktandum ins Jahresprogramm von Gewerbevereinen, Grossverteilern, KMUs, Schulen und Serviceclubs, insbesondere, wenn damit die Jugendarbeitslosigkeit und die Lehrstellensituation gemeint sind. Wir haben Aussagen und Rezepte gesammelt – von ganz links bis ganz rechts.

Sind die Jugendlichen zu anspruchsvoll und jagen immer noch einem Traumberuf nach? Oder sind die behördlichen Vorschriften für die Stellen anbietenden zu schikanös? Geben kleine Gewerbetreibende wegen des Papierkrams daher schon zum Voraus auf? Oder haben viele Schulentlassene einfach keine guten Manieren mehr? Kann man diesen gelangweilten, kaum belastbaren Jungen überhaupt noch eine Verantwortung im Berufsleben übertragen? Wie viele sind es denn überhaupt, die trotz Unterstützung von Elternhaus, Schule und Berufsberatung in Graubünden keinen Ausbildungsplatz finden?

Die Warteschlange

Rund drei Prozent der letztjährigen Schulabgänger haben laut Auskunft der Bündner Regierung keine Lehrstelle gefunden (Südostschweiz, 2. September 2005). Das entspricht etwa fünfzig erfolglosen Jugendlichen, womit sich die Situation hier etwas weniger kritisch als im schweizerischen Mittel präsentiert. Diese Zahl goutiert Stefan Schmutz, Regiosekretär Ostschweiz-Graubünden der Gewerkschaft Unia, aber nur be-

dingt. Schmutz, der gleichzeitig Präsident des Gewerkschaftsbundes Graubünden ist, meint bei einem Gesprächstermin im Januar 2006, dass die Statistik um das zehnte Schuljahr verschönt werde: «Etwa 500 Schulabgänger, deren Eltern noch einigermaßen bei Kasse sind, machen ein Zwischenjahr oder besuchen eine Privatschule. Sie sind in der Warteschlange und gelangen ein Jahr später erneut auf den Lehrstellenmarkt.» Schmutz möchte Gewerbetreibende strenger in die Verantwortung nehmen: «Alle sollen zahlen, wer ausbildet soll daraus etwas erhalten.» Man könne Menschen nicht erst dann engagieren, wenn diese bereits produktiv seien. Und das Administrative müsse oft nur als Ausrede herhalten, um erst gar keine Lehrstelle zu schaffen. Ein Schutz für die Lernenden sei ja geboten, «sonst werden einige wie Sklaven behandelt». Schmutz plädiert auch für eine bessere Bezahlung einiger Berufe wie Metzger und Koch, um das Image dieser Branchen aufzuwerten. «Denn Eltern können sich vielfach einen Jugendlichen kaum mehr leisten. Sie nehmen Mehrfach-Jobs rund um die Uhr an wie Zeitungen vertragen, Hauswart, Betreuung im Altersheim, um ihre Kinder durchzubringen.»

Die Resolution

Am 4. November 2005 organisierte der Gewerkschaftsbund Graubünden (GGR) eine Kundgebung in Chur und gelangte mit einer Resolution an die Bündner Regierung. Darin heisst es unter anderem: «Wir verlangen ein kantonales Sofortprogramm zu Gunsten der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Es genügt nicht, Arbeitslosigkeit zu verwalten. Eine kantonale Lehrstellenoffensive in Zusammenarbeit mit den Gemeinden kann zeigen, dass Jugendarbeitslosigkeit kein Schicksal ist, sondern mit politischen

Massnahmen angegangen werden kann. Es müssen zudem kantonale Anreize zur Schaffung von Lehrstellen ausgearbeitet werden. Wer ausbildet, soll bevorzugt werden. Lehrstellen dürfen nicht länger als blosser Kostenfaktor angesehen werden. Die Einsicht muss lauten: Die Sache der Jugend ist die Sache von uns allen, die Sache unserer Zukunft!»

Zu wenig Disziplin

Einen ganz anderen Blickpunkt nimmt die CVP Graubünden ein. Diese Partei des Kreises Disentis hat im Jahr 2005 eine gemeinsame Umfrage an der Gewerbeschule Surselva, der Handelsschule Surselva und der Bildungsregion Surselva bei den Lehrmeistern des Tals gemacht. Gemäss dieser Umfrage (Bericht «Berufsbildung in der Surselva», Gewerbeschule Surselva, Autor: Toni Schmid, Juli 2005. Der Bericht kann über die Gewerbeschule Surselva bezogen werden) stuften in der Surselva 46 Prozent der Lehrmeister die Vorbereitung der Oberstufenschüler auf die Schnupperlehre als ungenügend bis genügend ein. 69 Prozent der Befragten sehen die grössten Defizite der Schulabgänger bei der Selbstkompetenz. Gemeint sind damit Leistungsbereitschaft, Interesse, Disziplin und Selbstständigkeit. Zudem kommt die Umfrage zum Schluss, dass die Fachkompetenz der Schulabgänger sowohl in der Hauptsprache als auch in Mathematik abgenommen hat. CVP-Grossrat Mathias Bundi (Zignau) in einem Artikel der Südostschweiz (September 2005): «Schulabgänger sind zu wenig fit für den Beruf.» Die Berufswahlvorbereitung soll daher verbessert werden. Das forderte Bundi zusammen mit Grossrat Reto Loepfe (Rhäzüns) und reichte einen von 61 Ratskollegen mitunterzeichneten Auftrag an die Regierung ein. Dieser Vorstoss wurde am 31. August 2005 eingereicht, von der Regierung am 25. Oktober zur Annahme empfohlen und in der Dezembersession des Grossen Rates erfolgreich überwiesen. Internet URL: http://www.gr.ch/cgi-shl/as_web.exe?parl99.ask+D+8061431 Weil Bundi und Loepfe davon ausgehen, dass die Erkenntnisse aus der Surselva für den ganzen Kanton gelten, verlangen sie, dass alle Oberstufenklassen während der

Schulzeit eine Schnupperlehre besuchen können. Zukünftige Lehrkräfte sollen zu einem industriell-gewerblichen Praktikum verpflichtet werden, damit sich die Volksschüler besser in der Berufswelt zurecht finden. Im Weiteren sollen Hauptsprache und Kopfrechnen sowie Selbstkompetenz und Ausdauer im Unterricht besser trainiert werden. Denn, so Bundi auf eine Anfrage am Rande der Grossratssession im Dezember 2005 in Chur: «Lehrmeister wollen nun einmal nicht «Nullbock-Leute» einstellen. Einen Vertrag bekommen nur jene, die Leistungsbereitschaft zeigen.»

Was sagen Eltern?

An Bezirkskonferenzen der Real- und Sekundarlehrkräfte in Ilanz, Thusis und Felsberg hat die Impulsgruppe der CVP ihr Anliegen mit den Betroffenen diskutiert. Fazit aus der Sicht von Loepfe und Bundi: «Die Lehrkräfte sind froh, dass Politiker dieses Thema einmal anpacken. Allerdings befinden sie sich im Korsett zwischen Lehrplan, Stundentafel und dem Elternabend. Während die einen Eltern es begrüssen, wenn ein härterer Standard gesetzt wird, kümmern sich andere Eltern leider gar nicht um schulische Belange. Einen strengerem und effizienteren Unterricht können Lehrkräfte aber nur mit Rückhalt der Regierung verwirklichen.» Themen wie einheitliche Leistungsnormen im Internet seien bereits von einigen Lehrern in die Klassen hinein getragen worden. Schliesslich habe auch die Regierung mit Regierungsrat Claudio Lardi den Auftrag der CVP akzeptiert und Handlung bis im Jahr 2010 versprochen.

Projekt «Speranza»

Von andern wirtschaftsfreundlichen Gruppierungen sind nur vereinzelt Vorstösse in Sachen Lehrstellenförderung zu vernehmen. So hat die FDP Graubünden im Mai 2004 das Projekt «Speranza» lanciert. Auf einem Flyer, der bei allen Berufsberatungsstellen und Oberstufenschulen aufliegt, versprechen die Freisinnigen Unterstützung bei der Lehrstellensuche. «Warum sollen wir nicht unser Beziehungsfeld uneigennützig in

den Dienst der Jugend stellen?», wird Jann Hartmann (FDP-GR-Vizepräsident, Chur) im offiziellen Organ der FDP Graubünden, dem «Bündner Freisinn», vom Mai 2004, zitiert. Er und Projektleiterin Lore Schmid (Trimmis) stellen sich als Gotta- und Göttivermittler zur Verfügung. Man wolle sich für sogenannte «Pechvögel» engagieren, die trotz eifrigem Bemühen keine Zusage für eine Lehrstelle fänden. Dass dann eventuell andere Lernende den Vertrag nicht erhalten, sei am Rande erwähnt. Denn mehr Lehrstellen schafft «Speranza» effektiv nicht, es handelt sich eher um eine Verlagerung zugunsten sonst Benachteiligter.

Praxis mit dem Lions Club

Schliesslich gibt es im ganzen Kanton zahlreiche sogenannte Service-Clubs, die Berufstätige in verantwortungsvoller Stellung vereinigen. Diese sind durch ihre Districts international vernetzt, pflegen jedoch auch selbstständig eigene soziale Projekte. Stellvertretend für andere wird hier der Lions Club Chur erwähnt, der 2005 sein fünfzigjähriges Bestehen feierte. Aus diesem Anlass schloss man sich dem Jugendförderungsprogramm «Funtauna» des KIGA an. Jugendliche ohne Lehrstelle werden in diesem Motivationsprogramm des KIGA speziell gefördert. Praxiserfahrung gabs für zwanzig Jugendliche bei Mitgliedern des Churer Lions Clubs. Für die Dauer von zwei Wochen konnten sie sich in Branchen wie Automobil, Bäckerei/Konditorei, Administration, Rebbau, Gartenbau, Hoch- und Tiefbau, Informatik, Küche, Metallbau, Logistik und Heizung/Sanitär umsehen und gründlich schnuppern. «Klar, dass die Churer Lions-Mitglieder als Unternehmer bestrebt sind, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen», sagt Jann Rageth (Landquart) als Projektverantwortlicher des Lions Clubs Chur auf Anfrage.

Zögern in den Lehrbetrieben

Und doch, so gut gemeint diese Hilfestellungen sind, aus den Betrieben selber hört man keine Euphorie in Bezug auf die Anstellung von Lernenden. «Die Bereitschaft, Jugendliche auszubilden, ist gesunken», bestätigt zum Beispiel Mari-

anne Manzanell von der Freymatic AG in Felsberg bei einem Gespräch im Januar 2006. Denn die Vorgaben vom Amt für Berufsbildung, die ein Betrieb erfüllen müsse, seien enorm gestiegen. Gleichzeitig wurden die Beiträge, welche bisher Bund und Kantone leisteten, reduziert. Marianne Manzanell fährt fort: «Die Freymatic AG beschäftigt auf achtunddreissig Mitarbeitende sechs Lernende. Der neue Lehrplan stellt an die Betriebe höhere Anforderungen, weil ein grosser Teil der Noten auf einer betriebsinternen Ausbildung basiert. Das bedeutet, dass mit den Auszubildenden betriebsintern ein Schulungsplan zu erstellen ist. In der Freymatic sind dazu Lehrpläne mit betriebsinternen Schulheften ausgearbeitet worden, welche die Lernenden unterstützen. Für die Lehrmeister bedeutet dieser Unterricht aber zusätzlichen Zeitaufwand, der, wenn der Betrieb voll auf Produktion läuft, dennoch irgendwie eingeplant werden muss. Die Lehrlingsauszubildner der Firma Freymatic AG haben deshalb auch den Antrag gestellt, die Ausbildungsplätze zu reduzieren. Betriebe, die ausbildungswichtige Arbeiten extern machen lassen, zum Beispiel die Buchhaltung, müssen den Lernenden eine virtuelle Übungsmöglichkeit schaffen. Arbeitsplätze, wie etwa die CAD Stationen, die infolge Abwesenheit der Lernenden (Berufsschule) unbenutzt bleiben, sind ebenfalls ein Kostenfaktor. Das alles sind Gründe, warum man in zahlreichen Betrieben zögert, Lehrlingsplätze auszubauen. Eher reduziert man diese, wie es auch die Freymatic gemacht hat.»

Und doch ein guter Ausbildungsweg

Ja, man gebe bewusst auch Lernenden mit ausländischer Herkunft eine Chance: «Alle vier Jahre einen.» Die Selbsteinschätzung bei Menschen vom Balkan stimme oft nicht mit den tatsächlich erbrachten Leistungen in der Schule und im Betrieb überein. Secondos seien in der Betreuung aufwändiger, hätten oft schulische Probleme und bekämen weniger Unterstützung vom Elternhaus. Marianne Manzanell: «Es kommt vor, dass sie nach einer Zwischenprüfung behaupten, alles sei gut gegangen, und dann folgt der Bescheid, dass nicht bestanden wurde.»

Aber dennoch macht man in der Freymatic AG fast ausschliesslich gute Erfahrungen mit den Auszubildenden. Qualitativ habe sich die Berufsausbildung verbessert, bestätigt Marianne Manzanel: «Die jungen Leute verlassen den Lehrbetrieb heute mit fundiertem Know-how und verfügen über ein reiches praktisches Wissen, das ihrem beruflichen Werdegang sehr nützlich ist. Haben wir dann die Lernenden gut ins dritte und

vierte Lehrjahr gebracht, dann geht die Rechnung vielleicht beidseitig auf und wir freuen uns über einen guten Fachmann oder eine Fachfrau.» Und doch sei nicht sicher, dass diese Berufsleute der freien Marktwirtschaft erhalten bleiben. So komme es vor, dass die eine oder andere Person sich umschulen lasse, um später eine Staatsstelle anzutreten.

«Die Wahl ist nicht auf Sie gefallen...»

von Susi Senti

Jede arbeitslose Person wird vom RAV angehalten, monatlich zehn, acht oder wenigstens sechs Bewerbungen auszuweisen. Tausende kennen dieses graue Formular für den «Nachweis der persönlichen Arbeitsbemühungen». Mit unwarhen oder unvollständigen Angaben machen sich die Versicherten strafbar. So steht es deutlich unter «Hinweise» auf der Rückseite des Formulars.

Amtsstellen haben mir immer Respekt eingeflösst. Ganz klar, dass ich fleissig Dossiers mit Begleitbrief verschickt habe. Innerhalb von zwei Jahren waren es etwa 220 sogenannte Grossbriefe, welche mit B-Post Fr. 1.80 Porto kosten, also 220 x 1.80 gleich Fr. 396.–, die Briefumschläge und Plastik-Mäppli noch nicht eingerechnet. Wenigstens mit dem Begleitbrief geht es heute am Computer einfach: Man muss nur das Datum ändern, den Titel anpassen und darauf achten, dass man den Namen der angesprochenen zuständigen Person konsequent ändert.

Manchmal erhält man ein paar Tage später bereits einen sogenannten «Geduld-Brief». Die Firma gibt zu, meine Bewerbung erhalten zu ha-

ben, erklärt aber gleichzeitig, dass das Auswerten der vielen Mitkonkurrierenden noch viel Zeit beanspruchen werde. Aber manchmal erfährt man auch gar nichts mehr. Der Grossbrief, auf den ich doch noch zwecks Sympathiegewinn einen Schmetterling geklebt habe, verschwindet wohl im Rundordner (Papierkorb) und wird ohne Feedback entsorgt.

Nun, die meisten Firmen beschäftigen jedoch Büropersonal, welches angewiesen ist, die vielen Dossiers mit einem standardisierten Absagebrief zurückzusenden. Liegt so ein dickes Couvert im Briefkasten, dann weiss ich sogleich, dass da wieder ein netter «Trotzdem danken wir Ihnen für Ihr Interesse»-Brief meine Adresse erreicht. Ich kontrolliere erst, ob das Dossier mit Lebenslauf und Zeugniskopien nicht allzu sehr zerzaust ist. Kann man es erneut auf Jobsuche schicken? Dann widme ich mich diesem Schreiben, in welchem man mir höflich mitteilt, dass leider...

Ja, diese Briefe sammle ich nämlich. Es folgt jetzt eine Auswahl der kernigsten Formulierungen.